

Die Zeitung erscheint  
jeden Donnerstag  
Preis von 10 Pfennigen  
in den Postämtern  
ab Postamt Nr. 1  
Hannover, in der Post-  
direktion Nr. 6482

# Der Proletarier

**Abbestellung:**  
Abbestellungen und  
Anfragen sind  
zu richten an den  
Verleger, Postamt  
Nr. 1, Hannover.  
Abbestellungen werden  
nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wenz  
Eind von G. R. F. Weiler & Co., beide in Hannover

Stammverleger: Sebastian Fall, Hannover  
Redaktionschef: Gumbert, mittw. 18 Uhr

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Albstadtstr. 7, 2. St. — Fernsprech-Nr. 3002

### Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1919.

Das „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ veröffentlicht in der Nr. 61, in einer besonderen Beilage, eine Übersicht über Zahl, Umfang und Erfolg der 1919 vorgekommenen Bewegungen, soweit sie von den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbänden geführt wurden und von der Statistik erfasst werden konnten.

An der Statistik sind 32 Zentralverbände beteiligt. Diese hatten im Jahre 1919 zusammen 28 433 Bewegungen, die sich auf 42 249 Orte, 849 166 Betriebe mit 7 988 515 darin beschäftigten Personen erstreckten. An den Bewegungen waren beteiligt 7 435 709 Personen, darunter 1 442 115 weibliche = 19,4 v. H. der Gesamtzahl. Der Anteil der weiblichen Beteiligten ist gegen das Vorjahr um 9,6 v. H. zurückgegangen. Diese Verminderung des weiblichen Anteils ist eine Folge der nach Beendigung des Krieges wieder eingetretenen stärkeren Beschäftigung männlicher Arbeitskräfte. Gegenüber dem Jahre 1918 ergibt sich ein Mehr von 15 574 Bewegungen und 4 996 052 Beteiligten. Von den gesamten Bewegungen nahmen 22 769 = 80,1 v. H. mit 6 671 249 Beteiligten = 89,7 v. H. der Gesamtzahl einen friedlichen Verlauf und 3864 = 15,9 v. H. führten zu Arbeitseinstellungen, von denen 764 460 Personen, darunter 103 363 weibliche, betroffen wurden. Bis auf wenige Fälle waren alle ohne Arbeitseinstellung verlaufene Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders zur Erreichung von Lohn- und Arbeitsbedingungen unternommen. Nur bei 237 Bewegungen mit 13 095 Beteiligten handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Von den 3864 Bewegungen, die zu den Arbeitseinstellungen führten, waren die überwiegende Teil, und zwar 3378 mit 638 865 Beteiligten, Angriffstreiks. In 2899 Fällen lagen ihnen Lohnforderungen, in 300 Fällen Forderungen auf Lohn- und Verbilligung der Arbeitszeit und in 33 Fällen nur die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zugrunde. 146 Streiks entstanden aus sonstigen Ursachen. Das die zur Erreichung einer verkürzten Arbeitszeit geführten Streiks nur eine geringe Anzahl ausmachen, ist auf die gesetzliche Einführung des Achtstundentages zurückzuführen, wodurch ein altes Kampfsziel der Gewerkschaften erreicht wurde. Abwehrstreiks fanden 228 statt, an denen 59 787 Personen beteiligt waren. In 83 Fällen wurden sie durch Maßnahmen und in 60 Fällen durch Lohnreduzierungen verursacht. In 13 weiteren Fällen wurde gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und in zwei Fällen gegen den verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft. Aus sonstigen Ursachen entwickelten sich 68 Streiks. Ausperrungen wurden von den Unternehmern in 60 Fällen vorgenommen, die 63 008 Personen, darunter 23 747 weibliche, in Mitleidenschaft zogen. In 31 Fällen waren Forderungen der Arbeiter, in 15 Fällen die Nichtannahme einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und in 9 Fällen Streiks die Veranlassung zu den Ausperrungen. In weiteren 7 Fällen handelte es sich um andere Ursachen.

Die Durchführung der gesamten Bewegungen verursachte den beteiligten Zentralverbänden eine Gesamtausgabe von 38 882 375 Mark. Davon kommen auf die Arbeitskämpfe 37 142 771 Mark. Die Angriffstreiks erforderten 34 819 628 Mark, die Abwehrstreiks 836 044 Mark und die Ausperrungen 1 137 109 Mark Kosten.

Das Jahr 1919 steht mit seinen wirtschaftlichen Bewegungen abseits der Regel, daß ihr Erfolg in erster Linie bedingt ist durch die allgemeine ökonomische Lage. Diese war der erfolgreichsten Durchführung von Bewegungen so ungünstig wie nur irgend möglich. Die Wirtschaftslagebedingungen führten eine umfangreiche Entleerung der Produktion, die größtenteils durch den langdauernden Kriegszustand auf die Befriedigung der Kriegsbewehrungsbedürfnisse eingeleitet war, herbei. Die Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft war erschwert durch den Mangel an Rohmaterialien, und die als dem Jahre zurückstehenden Massen vermehrten das Meer der Arbeitslosen ins Ungemessene. Wenn trotzdem durch die Bewegungen Erfolge in einem noch nie dagewesenen Umfange und einer beispiellosen Höhe erzielt wurden, so ist dies besonders nachträglichen und treibenden Kräften zuzuschreiben. Es waren die Bewegungen Massenbewegungen in dem Wortes vollster Bedeutung. Die Unternehmer wagten es nicht, diesem Massensturm schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Unverkennbar war auch das Entgegenkommen der Unternehmer von dem Gedanken getragen, die beschränkte Aufbaumöglichkeit in Deutschland nicht durch schwere Arbeitskämpfe vollends zu zerbrechen. Sicher war die Tätigkeit der aus der Kriegszeit übernommenen Schlichtungsinstanzen, die durchwegs zugunsten der Arbeiterschaft wirkten, nach dieser Richtung eingestellt.

Die Zusammenfassung der Erfolge aller Bewegungen stellt sich folgendermaßen dar: Es endeten 21 591 = 81,7 v. H. (1918: 79,9) erfolgreich und 4413 = 16,7 v. H. (1918: 19,5) teilweise erfolgreich. Es waren beteiligt an den erfolgreichsten Bewegungen 5 593 131 Personen = 75,2 v. H. (62,9) und an den teilweise erfolgreichen Bewegungen 1 681 822 Personen = 22,0 v. H. (36,2). Erfolge blieben 171 Bewegungen mit 19 147 Beteiligten. In 243 Fällen mit 139 279 Beteiligten wurde der

Ausgang nicht bekannt und 25 Bewegungen (Streiks) mit 2830 Beteiligten waren am Jahreschlusse nicht beendet. Der Vergleich der Zahlen mit denen des Vorjahres zeigt, daß der Anteil der erfolgreichen Bewegungen höher, dagegen der teilweise erfolgreich verlaufenen geringer ist als 1918. Die Zahl der ohne Erfolg gebliebenen Bewegungen war gleich im Vorjahre unbedeutend. Die relativ hohe Zahl der Bewegungen, deren Ausgang unbekannt blieb, erklärt sich aus der mangelhaften Berichterstattung. Bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung sind die Erfolgsgaben günstiger als bei allen Bewegungen zusammengekommen, die beeinflusst werden durch die etwas geringeren Erfolge der Streiks. Es endeten von den friedlich verlaufenen Bewegungen 18 900 gleich 83 v. H. mit 5 201 786 Beteiligten = 78 v. H. erfolgreich und 3864 Bewegungen = 16,9 v. H. mit 1 358 748 Beteiligten = 20,4 v. H. teilweise erfolgreich. Der Ausgang der Streiks war in 2660 Fällen = 74,3 v. H. mit 381 933 Beteiligten = 55 v. H. erfolgreich und in 538 Fällen = 15 v. H. mit 280 134 Beteiligten = 40,4 v. H. teilweise erfolgreich. Von den Angriffstreiks blieb der Ausgang in 234 Fällen unbekannt. Auch über den Ausgang von fünf Ausperrungen, von denen 1337 Personen betroffen wurden, liegen keine Angaben vor. Soweit über die Ausperrungen berichtet wurde, endeten 31 mit 9412 daran beteiligten Personen mit einem völligen Misserfolg der Unternehmer, 21 mit 42 940 Beteiligten weisen einen teilweise Erfolg auf, und nur in drei Fällen hatten die Unternehmer mit diesem Kampfmittel einen vollen Erfolg.

Es wurden durch die Bewegungen für insgesamt 7 257 038 Personen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Es erreichten 797 825 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 6 129 465 Stunden, 6 470 960 Personen eine Lohn- und Gehaltserhöhung von zusammen 144 337 487 Mark die Woche und 4 761 819 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Im Durchschnitt kommt auf jede Person eine Arbeitszeitverkürzung von 7 1/2 Stunden und eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 22,31 Mark die Woche.

Gegenüber dem gewaltigen Maß an Erreichtem fällt das, was durch die Bewegungen außerdem an Verschlechterungen abgewendet wurde, kaum ins Gewicht. Es wurden abgewehrt für 837 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3851 Stunden und für 17 984 Personen eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 264 657 Mark die Woche. Maßnahmen von Personen wurden in 119 Fällen, verlangt Austritt aus der Organisation in vier Fällen und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 163 Fällen für 17 680 Personen abgewiesen.

In 11 501 Fällen kam es anlässlich der Bewegungen zu Abbrüchen von Tarifverträgen, die für 4 600 879 Personen Geltung hatten.

Bei der Beurteilung der zahlenmäßig nachgewiesenen Erfolge muß man sich vergegenwärtigen, daß Arbeitszeitverkürzungen und Lohn- und Gehaltserhöhungen 1919 in noch viel größerem Umfange erfolgten, als die Darstellung ergibt. 20 Verbände mit zusammen 1 1/2 Millionen Mitgliedern sind in der Statistik nicht vertreten, darunter auch solche, die wichtige Berufsgruppen betreffen, wie die Verbände der Angestellten, Bergarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner und Landarbeiter. Auch die zahlenmäßig nachweislich an der Statistik beteiligten Verbände leiden daran, daß den Vorständen häufig durch die Ortsgruppen über Bewegungen nicht berichtet wurde.

Im Interesse der Wissenschaft ist es ungemein bedauerlich, daß die Ergebnisse der wirtschaftlichen Massenbewegung des Proletariats nicht völlig zu eruieren waren. Wegen der ganz besonderen zeitgeschichtlichen Umstände, wie sie das Jahr 1919 kennzeichnen, wird dieses jedenfalls in der Geschichte der wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse für immer eine überragende Stellung einnehmen. Möglich, daß die Resultate der im Jahre 1920 erfolgten Bewegungen sich noch denen des Berichtsjahres nähern. Doch schon wehren sich die Anzeichen, daß die weitere Aufwärtsbewegung der Lohnsätze auf größere Widerstände stößt, die nun zu überwinden sind. Es bricht die Zeit an, wo die Gewerkschaften gewappnet sein müssen zu schweren Kämpfen gegen das Unternehmertum, die nur mit Erfolg zu führen sind in einer festgeschlossenen Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter.

### Von welcher Seite droht uns Gefahr?

Aus einigen Zahlenstellen sind der Redaktion Protestschreiben gegen die Schreibweise des „Proletariats“, insbesondere gegen den in Nr. 49 vom Jahre 1920 erschienenen Artikel „Die kommunistischen Gewerkschaftsvertreter“ zugegangen. Auch der Kollege Hermann (Münster) schreibt hierzu:

Wenn man die Gewerkschaftspressen, insbesondere unseren „Proletarier“, verfolgt, muß man zu der Auffassung kommen, als drohe der Arbeiterschaft durch die in politischer Hinsicht links von uns stehenden Genossen eine ungeheure Gefahr.

Es mag ja richtig sein, daß sich Kreaturen in bestimmte Parteien Eingang verschaffen, nicht um der Arbeiterklasse zu dienen, sondern als besessene Erben des Kapitals oder als Spieß- und Feigbüchsen der reaktionären Politik.

Kollegen, die schon länger in der Arbeiterbewegung tätig sind, wissen, daß diese Lumpen- und Spießbüchsen schon immer in den sozialistischen Parteien ihr Unwesen trieb. Eigentümlich berührt es höchstens, daß dieses Gefindel im republikanischen

Deutschland, und zwar nicht etwa erst jetzt, sondern gleich nach Ausbruch der Revolution zur höchsten Blüte sich entfalten konnte.

Dieser Gesellschaft wegen aber die links von uns stehenden Genossen als Verbrecher gegen die Klassen-solidarität des Proletariats zu humpeln, wie es der Artikelsschreiber in Nr. 49 vom 4. Dezember 1920 im „Proletarier“ tut, kann nicht scharf genug verurteilt werden.

Wir müssen unsere Gewerkschaftsmitglieder, welche in politischer Beziehung links von uns stehen, gegen solche ungerechtfertigten Anwürfe in Schutz nehmen. Durch eine solche Schreibweise im Verbandsorgan wird der Kampf, der in den politischen Parteien wütet, auch auf die Gewerkschaften übertragen. Oder glaubt der Artikelsschreiber, die Kollegen von links lassen dies ruhig über sich ergehen? Nein! Sie werden sich in den Mitgliederversammlungen gegen diese Schreibweise wenden, und der Janapfel ist hineingeworfen. Dies muß verhängt werden, denn wir haben andere Aufgaben als Gewerkschaftler und haben vor allem auf andere uns drohende Gefahren hinzuweisen.

Die Ertragsminderungen, die uns die Revolution auf politischem Gebiete brachte, sind uns längst durch die Reaktion entrisen worden, und nun gehen die Scharfmacher aller Schattierungen, im Verein mit früheren christlichen Gewerkschaftsführern, daran, die Art anzulegen an die kümmerlichen Ueberreste, die uns auf wirtschaftlichem Gebiete noch geblieben sind.

Das Betriebsrätegesetz hat uns das nicht gebracht, was die Arbeiterschaft von ihm erwarten durfte. Trotzdem laufen die Arbeitgeber Sturm dagegen und sammeln Material, um dies Gesetz entweder zu Fall zu bringen oder es wenigstens so zu gestalten, daß es Rechte für die Betriebsräte nicht mehr vorzieht.

Eine Hauptertragsminderung der Revolution aber ist der Achtstundentag. Seit Bestehen der Arbeiterbewegung galt der Kampf der Klassenbewußten Arbeiterschaft der Erreichung dieses Zieles. Durch Verordnung vom 28. November 1918 ist der Achtstundentag für das ganze Reich Gesetz geworden. Das bayerische Sozialministerium gibt nun Ziffer 2 der Verordnung vom 28. November 1918: Verkürzung und Regelung der Arbeitszeit gewerkschaftlicher Arbeiter betreffend, folgende Auslegung:

„Die rein buchstäbliche Auffassung des Wortes „Verkürzung“ in Ziffer 2 der Anordnung vom 28. November 1918 betreffend die Regelung der Arbeitszeit der gewerkschaftlichen Arbeiter (Reichsgesetzblatt 1334) würde zu drastischem Widerspruch führen.“

Die Verteilung der an den Vorabenden der Sonn- und Festtage ausfallenden Arbeitsstunden auf die übrigen Werktage wäre zulässig, wenn auch nur während des Brauchs einer Stunde am Sonnabend gearbeitet würde, sonst aber nicht. Daraus folgt, daß das Wort „Verkürzung“ nicht buchstäblich aufzufassen ist, sondern daß in Satz 2 der Ziffer 2 der angeführten Verordnung der Verteilung der Sonnabendarbeit überhaupt auf die anderen Tage Spielraum geschaffen werden sollte.

Hiernach sind die Gewerkschaften angewiesen, in Fällen, in denen unter Freilassung des Sonnabends die 48 Wochenarbeitsstunden auf die ersten 5 Wochentage verteilt sind, bis auf weiteres von einer Beanstandung dieser Regelung abzusehen.“

Diese Entschärfung des bayerischen Sozialministeriums, an dessen Spitze der frühere Generalvorsitzende des Christlichen Arbeit- und Transportarbeiterverbandes steht, bezweckt, daß die Arbeitszeit auf über 9 1/2 Stunden pro Tag verlängert werden kann.

Die Gewerkschaften sind angewiesen, wenn Arbeitgeber die Arbeitszeit so verlängern, dies nicht zu beanstanden.

Hierdurch droht der Arbeiterschaft, und zwar nicht nur der bayerischen, sondern der des ganzen Reiches, die Gefahr der Enttarnung des Achtstundentages. Dies geschieht zu einer Zeit, wo die gesamte Arbeiterschaft, wie kürzlich nachgewiesen, an furchtbaren Unterernährung leidet. Was die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu diesem Verrat ihres früheren Zentralvorsitzenden und jetzigen Sozialministers von Bayern zu sagen haben, wollen wir ihnen überlassen.

Wir aber müssen unsere Verbandskollegen auf die Gefahren hinweisen, die uns von rechts drohen, und halten es deshalb für wichtiger, die Spalten unseres Verbandsorgans dazu zu benutzen, um unsere Kollegen immer und immer wieder auf diese Gefahren hinzuweisen.

Also nicht von links, sondern von rechts droht die Gefahr. Karl Hermann (Münster).

Daß der Arbeiterschaft Gefahren von rechts drohen, ist nicht neu. Gegen diese stehen uns zur Abwehr seit Jahrzehnten Organisationen zur Verfügung. Diese Organisationen, und speziell auch unser Verband, gilt es, instatt zu helfen zum Kampfe gegen rechts. Nun drohen aber neuerdings der Schlagfertigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen selbst ernste Gefahren, und zwar von links. Wenn diese Tatsache angezweifelt oder gar bestritten wird, so ist es notwendig, einiges in Erinnerung zu rufen.

Gelegentlich der Tagung des zweiten Kongresses der 3. Internationale wurden für die Vertretung der Kommunisten auf gewerkschaftlichem Gebiete Richtlinien vorgelegt, nach denen sich die Anhänger der Moskauer Internationale zu richten haben. Es heißt da unter Ziffer 5 der Richtlinien:

„Indem sie Ziel und Wesen der Gewerkschaftsorganisation höher stellen als ihre



Form, dürfen die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung zurückweichen...

In Biffer 6 heißt es dann folgerichtig weiter: „Wo die Spaltung zwischen der opportunistischen und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung schon früher erfolgt ist...“

Das heißt doch nichts anderes als Zerstückung der Gewerkschaften; das sind doch Gefahren, die von links drohen, oder nicht? Wer im Sinne der Moskauer Thesen sich betätigt, der begeht ein Verbrechen an der Klassen солидарität der Arbeiter.

Es sei weiter daran erinnert, daß vor dem Einigungskongress der Kommunisten und Neukommunisten Anfang Dezember 1920 eine Konferenz abgehalten wurde, die von einer sogenannten gewerkschaftlichen Kommission einberufen war. Der dritte Punkt der Tagesordnung lautete: „Organisierung der kommunistischen Propagandatätigkeit in den Gewerkschaften.“

Wer sich im Sinne der vorstehend geschilderten kommunistischen Anweisungen betätigt, der ist ein Gewerkschafts-zerstörer, und für ihn gilt das in Art. 49 des „Proletarier“ Gesetz.

Das ist genug für heute. Es sei also nochmals festgesetzt: Unser Kampf richtet sich gegen die „kommunistischen Gewerkschafts-zerstörer“. Wer ein solcher nicht ist, braucht sich nicht gewiss zu fühlen. Es ist unangehörige Mühe, den „Proletarier“ für die vorhandenen Konflikte verantwortlich machen zu wollen.

Damit genug für heute. Es sei also nochmals festgesetzt: Unser Kampf richtet sich gegen die „kommunistischen Gewerkschafts-zerstörer“. Wer ein solcher nicht ist, braucht sich nicht gewiss zu fühlen.

Organisationen, die genügend geschulte Kräfte stellen können. Ueber diese Frage klären wir uns im „Proletarier“ auf. Damit im Zusammenhang steht die Frage des Streiksystems. Denn nur mit Hilfe der Betriebs- und Betriebsräte wird der Streikbewegungsprozess durchgeführt werden können.

Da gibt es eine Unmenge wichtiger und zeitgemäße Fragen, die innerhalb der Gewerkschaften behandelt werden müssen. Die Schwerfächer, alle diese Fragen erfolgreich zu behandeln, werden sicher von keinem Menschen verlangt werden.

Betriebsräte. Eine grundsätzliche Entscheidung in Lohnstreikigkeiten.

Ueber die Anwendung des § 28 der Verordnung vom 12. Februar 1920, der dem Demobilisierungskommissar bekanntlich das Recht gibt, einen Schlichtungs- oder Schlichtungsausschuss für verbindlich zu erklären, auf „Gesamtschlichtungen“ gegen die Ansichten der Unternehmer und Arbeiter auszuweichen.

Kurzlich hatte sich nun die Zivilkammer I des Landgerichts Frankfurt a. M. unter Vorsitz des Landgerichtsrates Geh. Justizrat Pante mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Laibständ: Der Beklagte hat gegen das vorerwähnte Urteil Berufung eingelegt; er beantragt, das Urteil abzuändern und die Klage abzuweisen. Die Kläger haben beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Entscheidungsgründe: Der Spruch des Schlichtungsausschusses, der dem Streitparteigremium liegt, ist ergangen in einer Streitphase zwischen den Verbänden, denen die Parteien angehören, nämlich dem Deutschen Transportarbeiter-Verband und dem Schweizerischen Arbeiterverband der Transport-, Handels- und Verkehrs-gewerbe; er ist also in einer sogenannten Gesamtschlichtung ergangen.

Die Gewerkschaften können nur durch ernannte Vertreter den Streik leiten. Das ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind die Träger der Klassenkämpfe. Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften sind die Träger der Klassenkämpfe. Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse.

amitvorteilhaft mit den Allgemeinmeinungen anderer Arbeiterzeitung vor der Klerik zu normaler Nervenmäßigkeit läßt sich nicht verstehen, und nur für die Dauer dieser Überanregung ist ja eine Bestimmung mit vorgegeben.

Die Bestimmung der Sprüche erleichtert die vertragliche Einigung, erleichtert also für die in Sprüche der Beteiligten etwa gemachten Aufträgen sich dem Spruch entsprechend zu verhalten. Die Unabänderlichkeit der Entscheidung des Demobilisierungskommissars bestimmt ebenfalls nicht das Recht, die Entscheidung selbst zu verändern, wenn er erkannt hat, daß er sich in den tatsächlichen Unterlagen seiner Entscheidung vergriffen hat und den Beteiligten aus der Entscheidung, wie hier unmittelbar erkennbar war, gerade weil der Demobilisierungskommissar als einzige Instanz zu befinden hat, wird man ihm das Recht zu solcher Selbstberichtigung zubilligen müssen.

Die Bestimmung der Sprüche erleichtert die vertragliche Einigung, erleichtert also für die in Sprüche der Beteiligten etwa gemachten Aufträgen sich dem Spruch entsprechend zu verhalten.

Die Bestimmung der Sprüche erleichtert die vertragliche Einigung, erleichtert also für die in Sprüche der Beteiligten etwa gemachten Aufträgen sich dem Spruch entsprechend zu verhalten.

Betriebsräteschulung in Groß-Berlin.

Mit dem Beginn des kommenden Jahres wird die bereits seit Dezember 1918 bestehende Rätechule der Groß-Berliner Arbeiterchule von der im Aufbau befindlichen Betriebsrätezentrale der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung und des Distrikts der Ma übernommen.

Entsprechend den Aufgaben, die die Betriebsräte auf Grund des Betriebsräte-Gesetzes haben, viel mehr aber noch nach dem ungeschriebenen Recht des Rätegesetzes, desjenigen, das noch in harten Kämpfen mit dem Unternehmertum erkämpft werden muß, soll sich die Auswahl der in den Rätechulen zu behandelnden Unterrichtsfächer auf solche beschränken, aus denen sich der Betriebsrat die Waffen für seinen Kampf beschaffen kann.

Es kommt für die Betriebsräte nicht so sehr darauf an, sich kritisch an der Betrachtung der politischen Auswirkung der kapitalistischen Gesellschaft, dem bürgerlichen Staate, zu schulen, als sich ein positives sozialistisches Wissen zu erwerben, damit sie ihren Aufgaben jetzt und in der Zeit der bevorstehenden Sozialisierung voll gerecht werden können.

Kurzreihe A. Kapitalistische Wirtschaftskunde.

- Kursus 1: Wesen und Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft. Mehrwertproduktion, Akkumulation des Kapitals, Unternehmungsformen Kartelle und Trusts, Manufaktur und Maschinenproduktion, Wirtschaftskrisen, Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft. Kursus 2: Die Organisation des modernen Fabrikbetriebes, Organisationen des Betriebes im allgemeinen, Kalkulationswesen und Selbstkostenrechnung, Grundzüge der Betriebsbuchhaltung in ihrem Zusammenhang mit der Geschäftsbuchhaltung. Kursus 3: Die finanzielle Kontrolle der Unternehmung, Das Wesentliche der Buchhaltungskontrolle sowie insbesondere der Kalkulations- und Bilanzkontrolle, Durchleuchtung vom Standpunkt der marxistischen Werttheorie und ihrer Konsequenzen, Gewinn- und Mehrwertlohn. Kursus 4: Die Praxis des Geldwesens. Das Bankwesen, die Geld- und Warenzirkulation, G.-B.-G., Die Praxis des Goldverkehrs. Kursus 5: Die Pflichten und Rechte der Betriebsräte, Kommentierung des Betriebsräte-Gesetzes an Hand der Spruchpraxis. Der Aufgabenkreis der Betriebsräte. Kursus 6: Die sozialpolitische Gesetzgebung.

Kurzreihe B. Sozialistische Wirtschaftskunde.

- Kursus 1: Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus. Kursus 2: Sozialistische Wirtschaftsorganisation. Das Sozialisierungsproblem vom Standpunkt des wissenschaftlichen Marxismus, Einführung in die neueren Sozialisierungs-theorien — Otto Bauer — W. Brabant — Kautsky — Korsch — Oppenheimer — Ballodi — Eißell — Korsch u. a. Die praktischen Erfahrungen der russischen Sozialisierung. Wesen und Bedeutung des Rätesystems, Manufaktur, Wirtschaftsaufbau. Kursus 3: Sozialistische Betriebskunde. Die Grundzüge der sozialistischen Betriebsverwaltung. Der Berechnungsapparat. Der Regulierungsapparat. Der Produktionsapparat. Kursus 4: Wirtschaftsgeographie. Die geographischen Gegebenheiten der sozialistischen Weltwirtschaft. Kohlenprovinzen usw.

Somit weit noch andere Unterrichtsfächer diesen Reihen hinzuzufügen sind, ist je nach der Vorbildung der Hörer zu entscheiden.

Die Unterrichtsmethode legt weniger Wert auf die Vermittlung von bestimmten Wissensquantitäten, als darauf, in gemeinschaftlicher Arbeit von Hörer und Lehrer einen typischen Auschnitt des Gesamtstoffes des Unterrichtsgegenstandes gründlich durchzuarbeiten. Der Rätechüler soll vor allem die Fähigkeit erwerben, selbständig geistig zu arbeiten, zu denken, Probleme anzuschneiden, eine Stellungnahme zu den aus der Praxis an ihn herantretenden Dingen zu gewinnen. In der eigentlichen Kursusarbeit wird also im Vordergrund stehen eine umfangreiche gemeinschaftliche Sichtung. Den vollen Umfang des Stoffgebietes bietet das Lehrbuch der Rätechüler, das bisher nur in geringem Umfange erschienen ist. Deshalb muß leider oft auf wissenschaftliche Werke zurückgegriffen werden, die entweder von durchaus kapitalistischem Standpunkte aus oder so unwissenschaftlich gehalten sind, daß man sie dem Hörer ohne kritische Würdigung oder Erläuterung nicht in die Hand geben kann. Dieser hat erst ein Berliner Verlag brauchbare sozialistische Lehrbücher für den Räteunterricht geschaffen.

Die Form des Unterrichts kann nach dem, was bisher über die Methode gesagt wurde, nur die Arbeitsgemeinschaft sein. Es darf nicht im Rahmen des Hörsaal sein, nicht allein von seinen Möglichkeiten und seiner Vorbildung abhängig sein, was er aus dem Unterricht sich aneignet und was ihm vorbeigehet. Die Arbeitsgemeinschaft, der kleine, höchstens 25 Teilnehmer umfassende Kreis, gibt dem Lehrer die Möglichkeit, sich ständig über die Fortschritte jedes einzelnen seiner Schüler zu versichern. Sie führt, auch nach den ersten Stunden ein enges Band des Vertrauens, der Vertraulichkeit und der Freundschaft. Damit fällt die Schranke der Autorität des Lehrers, nicht einseitiges Durcheinander Wissen, sondern gemeinschaftliches Durcharbeiten des Stoffes, das ist es, was die Arbeitsgemeinschaft vom Vortragskurs untergeordnet. Jedoch ist im Rahmen der Veranstaltung der Berliner Rätechule auch die regelmäßige Abhaltung solcher Vortragskurse vorgesehen, damit auch weitere Kreise, deren die Zeit zum intensiven Studium fehlt, Gelegenheit haben, sich über die großen wirtschaftlichen Probleme und ihre Lösung von marxistischen Standpunkte aus zu informieren, vor allem aber um aus diesen Vortragskursen geeignete Teilnehmer für die engeren Arbeits-

\* 1. Wirtschaftliches Kampfbuch für Betriebsräte. 2. Rätechüler. Kampfbuch Rätechule, Berlin.

Schützt die Einheit der Gewerkschaftsbewegung!

Es ist genug damit, daß durch die Zerstückung der Gewerkschaften die Schlichtung des Streikrechts gefährdet werden kann. Die Gewerkschaften sind die Träger der Klassenkämpfe. Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften sind die Träger der Klassenkämpfe. Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften sind die Träger der Klassenkämpfe. Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften sind die Träger der Klassenkämpfe. Die Gewerkschaften sind die Organe der Arbeiterklasse.



gemeinsamen Gewinn zu können. Diese bleiben aber immer bei dem...  
 und die eigentliche Form des Rübenvertrages. Er muß nicht nur...  
 mit aller Energie in Angriff genommen werden. Die Rübenfabrik soll...  
 nicht Defensiv, sondern offensiv sein. Die Rübenfabrik soll...  
 sondern ein ernstes und brauchbares Hilfsmittel für den Kampf der...  
 Betriebe sein.

Das sind die Richtlinien, nach denen die Rübenfabrik bisher gearbeitet...  
 hat und nach denen sie auch in Zukunft als die Rübenfabrik der...  
 schäftlichen Betriebsratenelemente weiterarbeiten wird. Sie wird ihren...  
 Apparat erweitern und in großem Maße in der Nähe der Produktions...  
 zentren mehrere Arbeitsstätten einrichten. Sie soll endlich den Umfang...  
 erreichen, den sie braucht, um wirklich eine nennenswerte Zahl der...  
 Betriebe durchzuführen und nicht als Tropfen auf einem heißen...  
 Stein zu verbleiben. Sie soll weiterhin eine Schlichtungsorganisation erhalten,  
 damit auch der Ökonom Einfluß auf die Leitung und Führung der...  
 Fabrik gesichert wird.

### Ersetzen der fehlenden Zustimmung des Betriebsrats durch eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses.

In der Verhandlung vom 28. September 1920 verhandelte der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin in der Beschwerdefache der Firma L. Schjer & Co., Berlin N 39, gegen den Vorsitzenden des Betriebsrates, den Steinschläger K., folgende

#### Entscheidung:

Die zur Entlassung des Steinschlägers Kurch von der Anwartsgegnerin beantragte Zustimmung wird erteilt.  
 Begründung: Es ist festgestellt, daß der Steinschläger Kurch, welcher Vorsitzender des Betriebsrates war, einem Mitgliede der Gemeindevertretung von Lübars-Waidmannslust gegenüber die Arbeiter der Firma als nicht sachgemäß bemängelt hat. Der Schlichtungsausschuß steht auf dem Standpunkt, daß, wenn der Vorsitzende des Betriebsrates Ausschreitungen an der Art der Ausführung der Arbeit zu erheben hatte, er dies lediglich der Firma gegenüber tun durfte; daß es hingegen eine Pflichtverletzung war, wenn er dem Vertragsgegner der Firma, bei der er beschäftigt war, Material in die Hand gab gegen die Firma.

gez. V o r g m a n n,  
 unparteiischer Vorsitzender.

## Aus der Industrie

### Nahrungsmittel-Industrie

### Zwangswirtschaft, Preise, Unternehmergewinne und Löhne in der Zucker-Industrie.

Der die Unternehmerpresse betreffende und wer Gelegenheit hat, an Besprechungen über Zwangsbewirtschaftung irgendwelcher Art teilzunehmen, der hört von Seiten der Unternehmer immer wieder das Klage- lied aufstimmen, daß unser Wirtschaftsleben durch die Zwangswirtschaft zugrunde gerichtet, die davon betroffenen Industriezweige ruiniert würden.

Die Zuckerindustrie ist heute wohl so ziemlich der einzige Industriezweig, der, mit Ausnahme der Brot- und Mehlherzeugung, noch voll unter der Zwangswirtschaft steht. Bei allen Verhandlungen müssen wir beim auch das Klage lied mit anhören, die Zwangswirtschaft ruiniert uns zugrunde. Da muß denn einmal die Frage gestellt werden, geht es der Zuckerindustrie und der damit zusammenhängenden Landwirtschaft bean wirklich so schlecht, oder gibt es nicht Industriezweige, die nicht unter Zwangswirtschaft stehen, denen es nicht besser, ja, schließlich noch schlechter geht?

Die Preisregulierung für den Rohzucker erfolgt jedes Jahr im Herbst vor Beginn der Kampagne. Bei der Preisfestsetzung für das Berichtsjahr 1918/19 war von der Regierung ein Preis von 63 Mk für den Zentner Rohzucker festgesetzt worden, unter Zugrundelegung eines Rübenpreises von 4,50 bis 5 Mk.

Landwirtschaft und Industrie erklärten, damit nicht auskommen zu können. Es traten die außerordentlichen schlechten Witterungsverhältnisse ein. Durch den frühen Frost wurden eine Reihe Zuckerrüben gezwungen, die Betriebszeit zu unterbrechen, da die Rüben nicht heran- zureifen waren.

Im Interesse des deutschen Volkes lag es, daß möglichst auch der letzte Rest der Zuckerrüben zu Zucker verarbeitet wurde, da unsere Zucker- produktion auf einem je niedrigeren Stand angelangt war. Es galt also, den Zuckerbearbeitung einigermassen sicherzustellen. Von diesem Stand- punkt ausgehend bewilligte die Regierung einen Preisauflage von 25 Mk. pro Zentner Rohzucker. Dreiviertel dieses Betrages sollten der züchtenden Landwirtschaft zugeführt werden. Der Rest sollte der Zuckerindustrie zum Ausgleich der bestehenden Betriebs- schwierigkeiten zur Verfügung stehen. Durch diese Maßnahme sollte es ermöglicht werden, der Landwirtschaft einen Gesamtpreis von 6 bis 6,50 Mk zu zahlen.

Industrie und Landwirtschaft erklärten, diese Maßnahme ermögliche es, wenigstens den völligen Bankrott aufzuhalten. Aber auch bei diesem Preise sei ein rationelles Arbeiten noch nicht denkbar. Daß unsere Landwirtschaft bei diesen Preisen nicht Bankrott ge- macht hat, brauchen wir kaum zu betonen. Wie geht es nun mit der Zuckerindustrie selbst? Uns liegt ein Schreiben einer Zuckerrüben- fabrik an ihre Aktionäre vor, das folgenden Wortlaut hat:

F. F.

Wir teilen Ihnen ergebenst mit, daß auf die im Vorjahre ge- lieferten Rüben eine Nachzahlung von 2,50 Mk pro Zentner erfolgt. Der Betrag geht Ihnen in den nächsten Tagen durch... zu. Bei denjenigen Aktionären, welche uns bei früherer Zahlung ein Bankkonto anwiesen, lassen wir die Summe diesem Konto überweisen. Bei dieser Gelegenheit müssen wir Sie dringend bitten, mit der Ablieferung der diesjährigen Rüben nicht zu sehr zu zögern. Wir werden voraussichtlich bis Mitte Dezember zu arbeiten haben und muß die Ablieferung bis dahin möglichst gleichmäßig verteilt werden. Bei dem diesjährigen Rübenpreis, der jedenfalls 25 Mk übersteigen wird, lohnt es sich doch wirklich, wenn ein Teil der Rüben eingemietet wird, zumal die Einmietungskosten doch wahrscheinlich außerdem noch ersetzt werden können.

Aus diesem Schreiben geht zweierlei hervor. Die Aktionäre dieser Fabrik erhalten noch eine Nachzahlung von 2,50 Mk pro Zentner Rüben für die vorige Kampagne. Die Fabrik hatte aber bereits 6,75 Mk pro Zentner Rüben gezahlt, so daß die Aktionäre dieser Fabrik einen Gesam- tübenpreis von 9,25 Mk erhalten haben. Bei der Preisberechnung war aber nur ein Preis von höchstens 6,50 Mk einschließlich Nachzahlung vorgezogen. Die angezogene Fabrik hat aber nun rund 2,75 Mk pro Zentner Rüben mehr gezahlt, als bei der Preisberechnung zugrunde ge- legt war. Wie vertrage sich denn diese Dinge zusammen?

Ferner geht aus dem Schreiben hervor, daß die Fabrik ihren Aktionären für die Kampagne 1920/21 einen Rübenpreis von 25 Mk und noch mehr in Aussicht stellt. Die besonderen Ausgaben für Ein- mieten sollen außerdem noch extra bezahlt werden. Bei der Preis- berechnung für die gegenwärtige Kampagne war von der Regierung ein Rübenpreis von 20 Mk als Grundlage der Kalkulation angegeben worden. Siegen erklärten aber die Vertreter der Industrie, es sei bei

dem niedrigsten Preise nicht möglich, einen Rübenpreis von 20 Mk...  
 berechnungsmäßig; in dem angegebenen Bereich werden aber den...  
 Aktionären bereits zu Beginn der Kampagne 25 Mk und noch mehr zu-  
 geschickt.

Geht handelt es sich hier um eine Fabrik, die technisch auf der Höhe ist...  
 Fabrik stellt sich aber auch bezüglich einer anderen Veranbarung, daß...  
 auch andere Fabriken ihren Aktionären für die laufende Kampagne...  
 bereits Rübenpreise von 25 Mk. pro Zentner und mehr zugesagt haben.  
 Es handelt sich also keinesfalls um einen einzelnen Fall.

Wenn nun Betriebe, die unter Ausnutzung aller technischen Hilfe-  
 mittel arbeiten, rentabel sind, als jene mit gleichmäßigen Einrichtungen,  
 so kann man es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt doch nicht gut-  
 heißen, daß nun gerade die technisch rückständigen Betriebe auch noch  
 unter allen Umständen Gewinne erzielen müssen. Man stellt doch seitens  
 der Industrie fast auf dem Standpunkt des freien Spiels der Kräfte,  
 warum denn in diesem Falle nicht?

Aus all den angeführten Gründen muß also der Schluß gezogen werden,  
 daß es der Zuckerindustrie auch unter der Zwangswirtschaft möglich war und ist,  
 rentabel zu arbeiten. Wir bringen nachstehend eine Aufstellung der uns bis jetzt vorliegenden Gewinne aus dem Betriebs-  
 jahr 1918/19 und fügen zum Vergleich die Zahlen von 1918/19 bei. Es  
 verbleiben Dividende:

Firma	Ort	Dividende in Prozenten	
		1918/19	1919/20
Zuckerfabrik A.-G.	Ralbe	7 1/2	7 1/2
" "	Körbisdorf	6	8
" "	Radegast	10	10
" "	Graben	14	14
Altien-Zucker-Berein	Röln	10	16
Zuckerfabrik A.-G.	Friedland	22 1/2	20
" "	Schredin	16 1/2	24
" "	Stauzig	18	25

Von den aufgeführten Firmen hat Friedland im letzten Jahre nur 20 Prozent Dividende verteilt gegen 22 1/2 im Vorjahre. Drei Firmen verteilen die gleiche Dividende wie im Vorjahre, während bei fünf Firmen sogar eine erhebliche Steigerung der Gewinnteile zu verzeichnen ist. Lassen diese Abschlässe auch keinen Schluß auf die ganze Industrie zu, so geht doch daraus hervor, daß es diesen Betrieben möglich war, erhebliche Gewinne zu erzielen, ja, dieselben gegen das Vorjahr zum Teil noch erheblich zu steigern.

Nun steht aber für jeden Kenner der Zuckerindustrie fest, daß die Verteilung der Dividende überhaupt keinen Maßstab der Rentabilität bietet, da die Geschäftsbearbeitung in den einzelnen Betrieben ganz verschieden ist. Einzelne Fabriken verteilen überhaupt keine Dividende, zahlen aber einen um so höheren Rübenpreis an die Landwirte. Da nun Rübenbauer und Aktionäre in der Regel dieselben Personen sind, erhält der Rübenbauer die Dividende gleich mit im Rübenpreis ausgezahlt. Die Zuckerfabrik aber erscheint nach außen hin als unrentabel, weil sie keine Dividende verteilt.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß es die Landwirtschaft mit Unterstützung der Zuckerindustrie außerordentlich gut verstanden hat, namentlich für das laufende Jahr Rübenpreise herauszuholen, die ins mächtigste gehen. Das deutsche Volk aber muß für den Zucker einen Preis zahlen, der es dem Unbemittelten unmöglich macht, auch nur die geringsten Mengen zu kaufen, die ihm laut Nationalierung zustehen.

Nun verstehen es die Unternehmer außerordentlich, die Schuld auf den breiten Bund der Arbeiterschaft abzuwälzen, indem behauptet wird, die hohen Löhne seien an den teuren Preisen schuld. Würde doch in einer Verhandlung seitens der Zuckerindustriellen allen Ernstes behauptet, die Löhne der Arbeiter seien in einem Zeitraum von 1/4 Jahren um das Drei- bis Dreieinhalbfache gestiegen. Die Behauptung von den hohen Löhnen wird mit einer Hartnäckigkeit wiederholt, daß Unbeteiligte zu dem Glauben kommen können, die Zuckerarbeiter haben sich auf Kosten der Allgemeinheit außerordentlich hohe Löhne verschafft. Dazu muß bemerkt werden: Die Arbeiter in den Zuckerrübenfabriken standen seit jeher mit ihren Löhnen an letzter Stelle, und sie stehen damit auch heute noch lange nicht in Durchschnittshöhe. Nachstehende Aufstellung zeigt, welche Lohnsteigerungen im letzten Jahre stattgefunden haben. Es wurden zu Beginn der Kampagne in den einzelnen Bezirken für Vollarbeiter folgende Löhne nach Ortsklassen gezahlt:

Bezirk	1919				1920			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Schlesien	1,70	1,60	1,50	1,40	3,80	3,70	3,60	3,50
Altmark	1,50	1,40	—	—	1,05	3,80	—	—
Halberstadt	1,50	1,40	1,30	—	1,05	3,80	3,60	—
Kagernburg	1,55	1,40	1,30	—	1,05	3,80	3,60	—
Magdeburg	1,45	1,35	1,25	—	1,00	3,75	3,55	—
Thüringen	1,40	1,35	—	—	3,65	3,45	—	—
Franken- und Sachsen	1,70	1,65	1,50	—	4,50	4,30	—	—
Brandenburg	2,00	1,60	1,40	1,20	4,15	3,75	3,50	3,30
Hannover um.	1,70	1,55	1,40	1,30	3,80	3,65	3,50	—
Pommern	1,70	1,55	—	—	1,00	3,80	3,70	—
Mecklenburg	1,70	1,60	1,45	—	4,10	3,75	3,60	—
Preußen	2,20	2,00	—	—	5,35	5,15	—	—
Sachsen	2,00	1,90	1,75	—	4,95	4,60	1,20	—

In diesen Löhnen kommen in beiden Jahren noch geringe Zuschläge für besonders eingearbeitete Facharbeiter. Da sie aber in beiden Jahren gezahlt wurden, kommen sie bei der Lohnsteigerung nicht in Frage.

Es soll nicht geleugnet werden, daß es den Zuckerfabrikarbeitern durch ihren Zusammenschluß endlich gelungen ist, ihre Löhne emporen- zutreiben. Bei der Steigerung muß aber berücksichtigt werden, daß im vorigen Jahre die Löhne der Zuckerindustrie noch bedeutend unter den Löhnen anderer Industriezweige standen. Ist es nach dieser Zusammen- stellung berechtigt, zu sagen, durch die Lohnsteigerung sei der Preis übermäßig hoch geworden?

Der Zentner Rüben sollte im vorigen Jahre noch der Preis- berechnung mit 6 bis 6,50 Mk. bezahlt werden; für das laufende Jahr ist ein Rübenpreis von 20 Mk. pro Zentner zugrunde gelegt. Der Rübenpreis ist also rund um das Dreifache gestiegen. Die sachlich- höher gezahlten Preise lassen wir hier mal beiseite. Wie geht es da- gegen mit den Löhnen?

Rechnen wir hier von dem Durchschnitt, so ergibt sich eine Lohn- steigerung um das Eineinviertel- bis Eineinhalbfache oder eine Steige- rung von 125 bis 150 Prozent. Gehen wir aus dem Gesagten den Schluß, so ergibt sich, daß nicht die hohen Arbeiterlöhne die Preise un- endlich steigern, sondern die hohen Rübenpreise und die Preise für andere landwirtschaftliche Produkte verteuern den Haushalt bis zum Ruin. Die Folgen dieser ewigen Preissteigerung sind dann unermesslich.

Wir tragen Industrie und Landwirtschaft durch hohe Preise zur Ver- teuerung der notwendigen Lebensmittel bei, und dann nimmt man ein großes Geheiß über die hohen Löhne an, die doch nur eine Folge der überhöhten Preispolitik sind.

Die Arbeiterklasse der Zuckerindustrie muß aus diesen Dingen die richtige Lehre ziehen. Sie hat es mit einem Unrechtssystem zu tun, das leider immer noch zu dem rückständigen geht. Jeder soziale Fortschritt findet in der Zuckerindustrie keinen jährligen Gegner. Solten doch die Interessen der Arbeiter energisch vertreten werden, so ist es nötig, Organisations- und Ausführungsarbeit zu leisten. Nur, wenn jeder sein Bestes zum weiteren Ausbau der Organisation beibringt, liegt der Grundstein des Erfolges besonnen und weiter voran.

## Verschiedene Industrien

### Löhne in der Schwerindustrie des Saargebietes.

Das Ergebnis der Lohnverhandlung in der Schwerindustrie vom 20. Dezember 1920 ist folgendes: der Facharbeiter 1,70 Fr., der Ange- lernete 1,50 Fr., der Ungelehrte 1,40 Fr. Wenn wir die Sätze umrechnen in Mark, bei einem Kursstand von 4 Mark pro Frank, so erhalten wir folgendes: früherer Lohn für Facharbeiter 6,80 Mark, heute 1,70 Fr. = 6,80 Mark; früherer Lohn für Angelernte 5,15 Fr., heute 1,50 Fr. = 6,00 Mark; früherer Lohn für Ungelehrte 4,90 Mark, heute 1,40 Fr. = 5,60 Mark.

Für ungelernete Arbeiter, die nicht mit Akkord oder Prämien system im Zusammenhang haben, erhöht sich der Lohn pro Stunde um 10 Cent, so daß sie einen Stundenlohn von 1,50 Fr. = 6,00 Mark erhalten. Ferner kommen hinzu pro Tag 1,50 Fr. Leuzergulden, 1,50 Fr. = 6,00 Mark; 8 = 75 Pf. pro Stunde, welche zu obigen Löhnen zugerechnet werden. Beispiel: 1,70 Fr. = 6,80 Mark + 75 Pf. = 7,55 Mark pro Stunde.

Die Kinderzulagen wurden wie folgt erhöht: früher für erstes Kind 30 Mark, jetzt 10 Fr. = 40 Mark pro Monat; früher für zweites Kind 40 Mark, jetzt 12,50 Fr. = 50 Mark pro Monat; früher für drittes Kind 50 Mark, jetzt 15 Fr. = 60 Mark pro Monat.

Die Frauenzulage betrug früher 90 Mark pro Monat, jetzt 30 Fr. = 120 Mark. Die Überproduktion muß mindestens 10 Prozent betragen.

Kollegen, die Sätze sind gerechnet bei einem Kursstand von 4 Mark, wozu der Kurs des Frankens in letzter Zeit durchschnittlich 4,30 Mark stand. Der Lohn eines Facharbeiters mit drei Kindern und Frau beträgt also einschließlich Kinder- und Frauengeld 8,90 Mark pro Stunde in Mark umgerechnet, ohne Produktionszulage. Das Abkommen hat Gültigkeit vom 1. Dezember 1920 bis 1. Januar 1921.

### Neue Löhne der Fertig-Industrie für das Saar- und Nahegebiet.

Auf Grund des Tarifschlusses gelten ab 1. Dezember 1920 für die Fertig-Industrie folgende Löhne:

Alter in Jahren	Gelehrte Arbeiter:			
	Akkordrichtlohn Ortsklasse		Zeitlohn Ortsklasse	
	I	II	I	II
17	3,25	3,00	3,80—4,10	3,85—3,15
18	3,95	3,75	3,80—4,10	3,80—3,90
19	4,85	4,55	4,70—5,00	4,40—4,70
20	5,50	5,10	5,35—5,65	4,95—5,25
21—22	6,15	5,85	5,95—6,25	5,65—6,05
23—24	6,60	6,25	6,40—6,80	6,05—6,45
25	7,00	6,60	6,80—7,20	6,40—6,80

Alter in Jahren	Ungelernte Arbeiter:			
	Akkordrichtlohn Ortsklasse		Zeitlohn Ortsklasse	
	I	II	I	II
17	3,00	2,80	2,80—3,00	2,60—2,80
18	3,55	3,40	3,30—3,55	3,20—3,40
19	4,25	4,00	4,05—4,25	3,80—4,00
20	4,85	4,60	4,65—4,85	4,40—4,60
21—22	5,50	5,20	5,20—5,50	4,90—5,20
23—24	5,90	5,60	5,60—5,90	5,30—5,60
25	6,30	6,00	6,00—6,30	5,70—6,00

Alter in Jahren	Hilfsarbeiter (ungelernte Arbeiter):	
	Zeitlohn Ortsklasse	
	I	II
14	1,40	1,40
15	1,85	1,80
16	2,30	2,20
17	2,75	2,65
18	3,20	3,10
19	3,60	3,50
20	4,00	3,90
21—22	4,50	4,30
23—24	5,10	4,85
25	5,50	5,25

Alle früheren Lohnvereinbarungen sind hinsichtlich der Lohnsätze aufgehoben.

Daneben werden unter Aufhebung der Sätze der bisherigen ledigen, Frauen- und Kinderzulagen folgende Frauen- und Kinderzulagen gezahlt: Frauenzulage . . . . . 120 M pro Monat  
 Kinderzulagen:  
 für das erste Kind . . . . . 40 M pro Monat  
 für das zweite Kind . . . . . 50 M pro Monat  
 für das dritte und weitere Kind . . . . . 60 M pro Monat

Bedingenzulagen sind also weggefallen bzw. in die Grundlöhne ver- rechnet. Die Bestimmungen vom 10. Juli 1920 über die Handhabung der Frauen- und Kinderzulagen bleiben bestehen.

### Die Fabrikation künstlicher Blumen in Argentinien.

Seit mehr als 20 Jahren besteht in Argentinien eine Industrie, die ihr gesamtes Rohmaterial aus Europa bezieht, die Produktion künstlicher Blumen. Bis vor wenigen Jahren hatte sie ein bloßes Gewerbe dar. 1913 wurden insgesamt nur etwa 1 Million Papierrosen (1 Papierrose = 100 Centimeter) künstliche Blumen verkauft, während der Wert der Gesamtproduktion dieses Jahres nur nur 500 000 Pa- pierrosen geschätzt wird. Verwendung finden künstliche Blumen zur Ver- zierung von Haushalten, bei Hochzeiten, religiösen Zeremonien, zum Ver- zieren von Kleidern und dergleichen. Diese keine Kosten bezogen als Spezialität die Verfertigung von Kränzen und dergleichen zu verwer- thenden Zwecken bei besonderen Anlässen und aus diese Weise wird eine verhältnismäßig große Nachfrage nach geringen Aufwand an Material befriedigt. Meistens aber werden sie doch durch Verkauf und viele für einzelne Besteller noch gewöhnlichem Käufer. Die Beschäftigten der in der Branche tätigen Arbeiter ist groß, und in einzelnen Fabriken finden sich solche, die hervorragendes leisten; daneben besteht auch eine ausgeübte Hausindustrie, auch wird in vielen Wäbendmaschinen be- sonderer Unterricht in der Herstellung künstlicher Blumen erteilt. Als Material wird eingeführt, und fast ohne Ausnahme aus Europa. Die besten und meisten Artikel werden von japanischen Firmen geliefert, die die Waren wieder besonders aus Deutschland, Oesterreich, Holland und Italien beziehen. Es dürfte schwer sein, den bisherigen Wertver- kehr zu machen, es sei denn, daß durch sehr tüchtige Vertreter gleich- wertiges oder besseres Material, das den dortigen Wünschen angepaßt ist, zu konkurrenzfähigen Preisen angeboten wird. Das am me- sten benötigte Material ist: Watte, Seide, Samt, Füll, Blättermaterial, Krepppapier, Seidenpapier, Nadeln für Stängel, Gummiarabikum, Metallgolds, Nittergolds, Draht mit oder ohne Hülle und Metallfäden. Der Draht kommt aus England und wird in Stücken von 20 Yards Länge und 27 englische Zoll bis zu 1 Yard Breite geliefert. Er muß so präpariert sein, daß das Beschäftigungsmaterial in leichter Last nicht weich wird oder abläuft. Krepp- und Seidenpapier müssen sehr genau sein, vielfache Manipulationen auszuhalten. Von Korrovernia eingeführtes Material hat Aufnahme gefunden, und Japan hat mit der Ver- fertigung von Wattepapier begonnen. Die pulverförmige oder fällige eingee- neten Anilinfarben kommen durchweg aus Deutschland. Von ver- schiedenen anderen Artikeln wird der größere Teil eingeführt, so Blumen von besonderer feiner Beschaffenheit, Samen, Knospen, Dornen, kleine Früchte, Moos und Nadeln. Vergoldete Blätter werden sowohl ein- gefügt wie im Grunde aus eingeführtem Papier hergestellt. Metall- und Blumentblätter werden vielfach für Beerdigungszwecke gebraucht. Ver- goldete und verfilzte Blätter für Hochzeiten werden ebenfalls ver- langt. Auch besteht Nachfrage nach billigen einfarbigen Werkzeu- gen.



# Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

## Erhöhung der Renten aus der Invalidenversicherung.

Der Reichstag hat am 18. Dezember v. J. ein „Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung“ beschlossen. Die Beihilfe soll vom 1. Januar 1921 an neben der Rente und neben der bisherigen Zulage gewährt werden. Sie beträgt für Empfänger einer Invaliden-, Alters-, Witwen- und Witwenrente monatlich 40 M., für Empfänger einer Waisenrente monatlich 20 M., so daß künftig neben einer Invaliden- oder Altersrente insgesamt 70 M. monatlich, neben einer Witwen- oder Witwenrente insgesamt 55 M. monatlich, neben einer Waisenrente insgesamt 30 M. monatlich gezahlt werden. Zur Deckung der Aufwendungen für die Beihilfe sollen die Beiträge zur Invalidenversicherung mit dem doppelten Geldwert berechnet, daher auch die Versicherungsmarken für den doppelten Nennwert verkauft werden.

## Gewerkschaftliche Nachrichten.

### Der Internationale Gewerkschaftsbund an Einwojess.

Das in der Presse schon erwähnte Schreiben des Vorstandes dem Internationalen Gewerkschaftsbund an Einwojess hat folgenden Wortlaut:

„Amsterdam, den 10. Dezember 1920.

Herrn Einwojess,

Präsident der 8. Internationale,

Moskau.

Gechter Herr Präsident!

Beifolgend sende ich Ihnen den französischen und deutschen Text der vom Internationalen Gewerkschafts-Kongress in London (22. bis 27. November) angenommenen Resolution. Wie Ihnen sicherlich aus Presseberichten bekannt sein wird, wurde diese Resolution mit überwältigender Majorität — einzig gegen die Stimmen Italiens und Norwegens — angenommen. Diese Resolution wird sonach die Haltung bestimmen, die wir Ihrer Internationale gegenüber einnehmen haben.

Sie können daraus ersehen, daß wir keineswegs gezwungen sind, die von Ihrer Seite gegen uns gerichteten verleumderischen Angriffe ohne Widerpruch in der Öffentlichkeit verurteilen zu lassen und daß wir ebenso entschlossen sind, die Interessen der circa 30 Millionen Arbeiter, die unserer Internationale angehören, in derselben Weise zu verteidigen wie bisher, und zwar in jenem Geiste, von dem sich die unabhängige Gewerkschaftsbewegung bei ihrem Kampf für die Befreiung des Proletariats leiten zu lassen hat, ohne daß wir uns hierbei, wie das die von Ihnen gegründete sogenannte gewerkschaftliche Internationale tut, einer politischen Partei unterordnen.

Sollten Sie oder andere Vertreter Ihrer Gewerkschaftsbewegung etwa den Wunsch haben, etwas mehr über unsere Bewegung zu erfahren — wobei Sie sich vielleicht überzeugen könnten, daß Sie bisher nichts anderes getan haben, als die eigene Sache und die des Proletariats zu schädigen —, so sind wir jederzeit bereit, Ihnen alle gewünschten Informationen zu erteilen, allerdings unter der Voraussetzung, daß Sie uns gegenüber in derselben Weise handeln, wie wir das Ihnen gegenüber tun, d. h. daß unsere Maßnahmen auf Treue und Glauben genommen werden und jeder von uns sich einzig von der Absicht leiten läßt, den Interessen des Proletariats zu dienen und ihn aus seiner gegenwärtigen kritischen Lage herauszuführen.

Nur auf dieser Basis ist unserer Meinung nach ein tüchtiges Begreifen der beiderseitigen Abwägung und vielleicht aus des Aufschlusses der russischen Gewerkschaften an unsere Internationale zu erzielen.

Wir erwarten, daß Sie das Schreiben wie die beiliegende Resolution auch den übrigen Sekretariatsmitgliedern, die diese Sache angeht, zur Kenntnis bringen werden. „Dubegeest.“

### Als die Ortskommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Im Jahre 1920 hat die Ortskommission des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Person des Herrn ... (Text continues with details of the commission's work and its stance on international relations and internal union matters.)

### Kommunistische Gewerkschaftsbewegung.

Am 1. Januar 1921 erschien die Nummer 1 der kommunistischen Gewerkschaften. Die Redaktion ist in der Person des Herrn ... (Text discusses the political goals and organizational structure of the communist-led unions.)

Es geht aus diesen paar Zeilen sehr klar hervor, daß man nicht der Illusion erliegen darf, daß die Gewerkschaften durch die Kommunisten zu einer neuen, stärkeren Einheit gebracht werden können. Die Gewerkschaften sind zu verschiedenartig, um dies zu ermöglichen.

## Berichte aus den Zablottellen.

Die Zablottellen berichten über die Aktivitäten der Arbeiterbewegung in verschiedenen Regionen. In ... (Text provides specific details about local strikes, meetings, and the general mood of the workforce.)

... aus den Schweißtröpfchen der Arbeiterhohle entstanden. Für die ... (Text continues with a detailed account of the workers' struggle against the company's management, highlighting the role of the union and the impact of the strike.)

... nicht teilen, nicht bitten, nur wenig gewinnen. Die Kampf es ist ... (Text describes the workers' determination and the challenges they face in their fight for better conditions.)

## Rundschau.

„Der Kämpfer“ für Arbeiterversicherung. Die vorerwähnten Artikel ... (Text provides a summary of recent news items, including reports on the workers' movement and political events.)

## Leser

... nicht nur zu ... sondern auch ... (Text contains a message or notice directed at the readers of the publication.)

... vertreten, das ... (Text continues the narrative from the previous page, describing the political and social context of the workers' movement.)

... Die Millionen-Arme der organisierten Arbeiter ist heute zum entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Faktor im deutschen Volksleben geworden. Sie hat unter Legiens Führung im März 1920 den ... (Text details the impact of the workers' movement on German society and politics, mentioning the role of Legien and the 1920 elections.)

## Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1920 haben eingekauft: ... (Text lists the names of various unions and their contributions to a common fund.)

Vom 31. Dezember an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein: ... (Text provides a detailed list of financial contributions from various organizations and individuals.)

... In Versicherungsbeiträgen gingen ein: ... (Text reports on the collection of insurance contributions.)

## Neue Adressen und Adressenänderungen.

... (Text lists new addresses and changes for various individuals and organizations mentioned in the publication.)

## Empfehlenswerte Schriften.

... (Text recommends several books and pamphlets that are relevant to the workers' movement and current events.)



## Aus der Industrie

### Chemische Industrie

#### Aus der Kali-Industrie

In letzter Zeit sind verschiedene Nachrichten über den Stand des Ausfuhrgeschäftes in der Kali-Industrie durch die Presse gegangen. Auch wir haben ein großes Interesse daran, diese Angelegenheit geklärt zu sehen. Offizielle Mitteilungen zu dieser Frage gelangen vom Kali-Syndikat sehr wenig oder gar nicht in die Öffentlichkeit, so daß man es uns nicht verargen kann, wenn wir einmal anderer Meinung sind, als die vielen durchgehenden Berichte zum Ausdruck bringen.

Einigkeit über die Politik bei Auslandsgeheimnissen beim Syndikat besteht heute noch nicht. Das ist auch leicht erklärlich. Wir haben in der Kali-Industrie mit zwei Richtungen zu rechnen. Es sind dies einerseits diejenige, welche mit guten hochprozentigen Salzen, und andererseits haben wir wieder Werke mit weniger guten Salzen und auch geringerer Mächtigkeit. Daraus erklärt es sich, daß die Produktionskosten der einzelnen Werke recht verschieden sind. Hieraus resultieren aber auch die Preisunterschiede beim Kalisyndikat. Vor dem Kriege, als wir in der Kali-Industrie die Monopolstellung hatten, war es auch den weniger guten Werken möglich, annehmbare Gewinne einzufahren, weil man oben die Verkaufspreise höher ansetzte, als die höchsten zulässigen Verkaufspreise es erforderten. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß sich das Kapital mit allem Nachdruck auf die Kali-Industrie stürzte und diese gewissermaßen treibhausartig geblüht wurde. Alle Investitionen der Arbeitervertreter im Parlament und in der Öffentlichkeit blieben damals ungehört. Jetzt rächt sich diese Erscheinung bitter. Unsere Monopolstellung ist durchbrochen. Wir haben in Frankreich durch das uns verloren gegangene Salz eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz erhalten. Nach einer Mitteilung der D. B. Hölzle der Generaldirektor der elzässischen Kalwerke in einem dem 3. Belegte gehaltenen Bericht die Mengen der Kalifolge, die von den 17 im Müllhäuser Becken bestehenden Schächten in der bis fünf Jahren geliefert werden können, auf 14 000 Tonnen pro Tag. Man würde eine jährliche Produktion von vier Millionen Tonnen Kalisalz mit 70 000 Tonnen Meistalkali erreichen. Auch dürfte man damit rechnen, daß die Konzeptionsinhaber dazu übergehen werden, neue Schächte abzubauen. Soweit wir unterrichtet sind, wird seitens der französischen Regierung alles mögliche getan, um die Versorgungsfähigkeit der elzässischen Kalwerke zu steigern. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1920 wurden aus dem Elzäs folgende Kalimengen exportiert: nach den Vereinigten Staaten 24 000 Tonnen, nach Belgien 9000 Tonnen, nach England 7000 Tonnen, nach Holland 4000 Tonnen, nach der Schweiz 2500 Tonnen, nach Skandinavien 2000 Tonnen, nach dem französischen Zollland 32 000 Tonnen, zusammen 80 500 Tonnen. Im Jahre 1913 stellte sich der Bedarf Frankreichs für das ganze Jahr auf rund 42 000 Tonnen.

Dies alles dürfte doch zu denken geben. Die Dinge liegen doch so, daß bei dem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt immer diejenige Partei Sieger bleiben wird, welche bei billiger Preisberechnung gute Salze liefern kann. Unsere Vermutungen von früher, daß die elzässische Kali-Industrie, angelockt durch die Gewinne, welche das Exportgeschäft gebracht hat, dazu übergehen wird, alles mögliche zu tun, um sich weitere Absatzmärkte zu sichern, finden wir jetzt nur bestätigt. An maßgebenden Stellen im Kalisyndikat scheint man das nicht früher begreifen zu wollen, bis es zu spät ist.

Vor kurzem beschäftigte sich der Weimarer Landtag ebenfalls mit der Krise in der Kali-Industrie. In einer Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion wurde darauf hingewiesen, daß einzelne Werke nur noch an fünf Tagen in der Woche arbeiten, eine Reihe von Werken bereits stillgelegt sei und daß weitere 10 Werke des Kalisyndikats im Weimarer Landtag stillgelegt werden sollen. In der Interpellation wurde behauptet, die Werksbesitzer würden die Krise künstlich perpetuieren, um die Werke unrentabel zu machen, um sie vor der Sozialisierung zu schützen.

Doch solche und ähnliche Behauptungen aufzulaufen, daran ist einzig und allein das Kalisyndikat schuld, weil man dort künstlich bemüht ist, ja nichts an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Man treibt dort eine Politik, die nicht im geringsten dazu angetan ist, Klarheit in dieser Angelegenheit zu schaffen.

### Papier-Industrie \*\*\*

#### Verschwendungssucht!

Wenn ihr die Beere, kennt den Efel ihr?  
Verdröhen dich die Gassen gingen wir,  
Das Wort liegt ich die ändern führen.  
Der Gott — es war ein w. d. ges. Gespräch —  
Sie unterhalten sich den ganzen Weg  
Von Dinnen und von Staatspapieren!

Mit diesen satirischen Worten kennzeichnet der deutsche Freiheitsschlichter Ferdinand Freiligrath den Verfall der kapitalistischen Jugend. In der Jugendzeit sind die Jugendlichen besonders der abgewandten Jugend, die, soweit sie von besonders kapitalistischen Eltern abstammen, sehr häufig die Studienjahre benutzt, um sich gründlich anzupäuschen. Nur sehr selten findet man die blickende Klasse in der Jugendzeit die Worte der Verantwortung über das moralische Verhalten ihrer Sprößlinge. Fast immer wird dann als Entschuldigungsgrund das alte Sprichwort herangezogen: „Jugend kennt keine Tugend!“

Wobei aber, wenn ein Teil der proletarischen Jugend in den Erbfällen jenes Teiles der besitzenden Klasse verfällt, und sich gelegentlich eben als Ausschweifungen, die kein organischer Arbeiter billigt, zu schänden kommen läßt, dann bilden die Unternehmererbtungen durch ihr „Angebot“ das nützliche Glied von der Vermögensgründung der Arbeiterjugend, dann schließt die Unternehmerfamilie über die Verschwendungssucht der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen, und die Arbeitgeber unterstützen sich sehr häufig darüber, daß sie gelegentlich ein Stück Schokolade in den Händen einer ihrer Arbeiterin gesehen haben oder bei einem Weibchen und anderen Besitzungen sogar bemerkt haben, daß jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen durch Fahren auf Schiffsdampfern oder den Besuch von Theateraufführungen ihr Geld „verschwendung“ würden. Während die Herrschenden doch nur einen kurzen Blick über das Verleben ihrer eigenen Jugend haben, dann dürfte mancher der Herren nicht mehr in der Lage sein, mit frommen Augenaufschlag zu beteuern: O Herr, ich danke dir, daß ich an so was, wie diese Proletarier, nicht denke!

In letzter Zeit ist die Frage in Unternehmenskreisen über die Verschwendungssucht und die Vermögensgründung der Arbeiterjugend eine ständige Erörterung der alten Lohnverhandlungen geworden. Ganz gleich ob es sich um Besatzungsverhandlungen in der Papiererzeugungsindustrie, um Besatzungsverhandlungen für die Zigaretten-, Zellulose-, Gummi- und Chemiepapier-Industrie oder um einen anderen Industriezweig handelt, überall begegnet man der Behauptung der Unternehmer, daß die Löhne der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu hoch seien, und immer wieder finden wir von Unternehmern für ihre Behauptungen die gleiche Begründung von der angeblichen Verschwendungssucht der proletarischen Arbeiterjugend. Gewiß gibt es auch unter der Arbeiterjugend derartige Fälle, wo die jungen Leute mit ihrem Geld nicht hauswirtschaftlich umzugehen verstehen, aber derartige Einzelfälle verallgemeinern heißt einfach die Lasten auf den Kopf stellen, was wir nicht es ganz entgehen absehen, daß für die Stände einzelner die gesamte arbeitende Jugend blühen soll. Aber selbst an diesen Einzelfällen jugendlicher Verschwendung ist die heutige Gesellschaftsordnung nicht schuldig. Schon 18 Jahre alt werden die jungen Proletarier während der Kriegsjahre in den Fabriken gelehrt, und systematisch zum Rauchen, Würfeln und Plündern angeleitet zu werden. Für die größte entwickelte Welt während der Kriegsjahre würde einmal noch als Anerkennung ein militärisch verlesener Orden oder ein postliches Ehrenzeichen. Zahlreiche Kriegsveteranen wurden die Proletariermütter gezwungen, täglich 10 und 12 Stunden, ja selbst in Nacharbeit, Rordwachen und Rordschiffe zur höheren Ehre des Vaterlandes heranzuziehen. Die Arbeiter-

linder aber wurden dadurch der übermäßigen und mütterlichen Obhut entzogen, ihrem Schicksal selbst überlassen und stießen so sehr oft der Verschwendung anheim.

Wollte aber der größte Teil der Herrschaften offen zugeben, so müßten sie zugeben, daß System in der Behauptung über die Verschwendungssucht der Arbeiterjugend steht, berechnen darauf, die Löhne der jungen Arbeiter recht niedrig zu halten, um die jugendlichen Arbeiter als willkommene Lohnbrüder gegen die älteren Arbeiter auszuspielen zu können. Dazu bedarf man aber im Unternehmerlager der immer wiederkehrenden Behauptung, daß die älteren Arbeiter bei Beginn der Jugendjahre etwas mehr verdienen könnten. Die Unternehmer rechnen damit, daß bei einem Teil der älteren Arbeiter diese Behauptung Glauben findet, und sind auch bereit, den älteren Arbeitern 10 Pfennig die Stunde mehr Lohn zu geben, wenn diese zustimmen, daß das Alter der jugendlichen jugendlichen Arbeiter möglichst bis auf das 25. Lebensjahr hinauszogel wird. Wohin aber die Fahrt der Unternehmer geht, darüber gibt uns der Arbeitsmarktbericht des Arbeitsnachweises der Stadt Dresden für den Monat Oktober Aufklärung, in dem es heißt: „Für viele Berufe, besonders auch für die weiblichen, werden fast ausschließlich jugendliche Arbeiter verlangt und Pfaffen in der Mitte der Zwanziger bis Anfang der dreißiger Jahre zurückgewiesen. Während so auf der einen Seite Arbeitsstellen aus Mangel an jugendlichen Kräften zum Teil nicht besetzt werden können, sind andererseits beim Zentralarbeitsnachweis mehr als 1200 Bewerberinnen unter 40 Jahren gemeldet, die länger als 6 Monate ohne Arbeit sind.“

Diese Ausführungen des Zentralarbeitsnachweises in Dresden bestätigen die Ansicht verschiedener Unternehmenskreise, die jugendlichen als Lohnbrüder zu benutzen und um diese jugendlichen Arbeiter gegen die älteren Berufskollegen auszuspielen, auf die man im Bereiche der Arbeit ihrer langjährigen Erfahrungen doch nicht ganz verzichten kann, bietet man den älteren Arbeitern in „mohltwillender Absicht“ eine kleine Nachschöpfung an und kämpft dann kräftig über die Verschwendungssucht der Jugendlichen.

Nachdem nun einmal die „Verschwendungssucht“ bei fast allen Lohnverhandlungen eine hervorragende Rolle spielt, empfiehlt es sich doch sicher, die Frage einmal näher zu prüfen. Schon mehrmals haben wir auf das Schlimmerleben jener Sorte Schieber, Buchhalter und Ausbeuter hingewiesen, die in jugendlicher Gesellschaft in einer Nacht mehr Geld in Wein, Sekt und ausserlebens Speisen in den bekannten Spielmerkspielen der Großstädte umsetzen, als selbst der bestbezahlte Arbeiter in einem Vierteljahr verdienen kann. Aber auch in jenen Kreisen der Besitzenden, die eigentlich von diesen Schlemmergepflogen abriden, ist von der Arbeiterklasse immer wieder gepredigt worden, um die Deutschen Wirtschaftsläden vor dem Zusammenbruch zu retten, eigentlich doch recht wenig zu merken. Leider predigt ein großer Teil dieser Herrschaften der Arbeiterklasse die Vermögensgründung, um sie beim eigenen Lebenswandel zu vergessen. Wir wollen wirklich nicht auf die Speisekarten derjenigen Hotels eingehen, in denen lapidäre Leute ein wahres Paradiesleben führen können, in denen gesunde und vollblütige Männer und Weibchen den schwindelhaften und unterernährten Proletarierkindern die kräftigsten Nahrungsmittel wegnehmen und zur Abwechslung selbst ihre Hände mit Klugheit und Schlagkraft füttern, aber wir wollen einmal etwas tiefer hineinschauen in den Haushalt der Unternehmer, die oftmals über die „hohen Löhne“ der Arbeiter schimpfen, dabei aber selbst eine fast nicht zu verantwortende Verschwendungssucht treiben.

Die „Deutsche Handels-Wacht“, das Organ des internationalen Handlungsgeschäftes, berichtet, daß sich vollkommen frei zeigt von dem Vorwurf des Klassenkampfes und der von den meisten Arbeitgebern als eine „richtiggehende“ Arbeiterorganisation angesehen wird, bringt in seiner Nr. 46/1920 zwei finanzielle Fragebogen aus Unternehmenskreisen. Der erste umgibt eine neunstellige Unternehmensfamilie, für deren Haushaltungskosten folgende Summen in den nachstehend bezeichneten Jahren aus der Geschäftskasse entnommen wurden:

Monat	Jahr:		
	1914	1919	1920
Januar	2 000	7 000	10 000
Februar	2 500	8 000	20 000
März	1 200	3 500	12 000
April	1 800	2 500	15 000
Mai	2 100	6 500	11 000
Juni	1 900	6 900	15 000
Juli	2 000	8 000	17 000
August	3 700	14 000	35 000
September	—	7 000	7 000
Oktober	1 500	20 000	16 000
November	2 300	20 000	17 000
Dezember	1 000	17 000	15 000

Haushaltungskosten im Jahre 22 000 120 000 190 000

Der zweite Haushaltungskostenrat umgibt eine vierstellige Unternehmensfamilie und gestaltet sich folgendermaßen:

Monat	Jahr:		
	1914	1919	1920
Januar	1 500	3 000	3 500
Februar	2 500	6 500	15 000
März	1 000	3 000	3 500
April	2 500	3 000	9 000
Mai	1 500	4 000	6 000
Juni	2 500	4 000	4 500
Juli	2 000	3 000	8 000
August	3 700	12 000	4 500
September	1 500	4 000	28 000
Oktober	1 500	13 500	6 000
November	3 000	13 000	5 000
Dezember	2 300	5 000	7 000

Haushaltungskosten im Jahre 25 500 74 000 100 000

Die Herren der hohen Haushaltungsbudgets sprechen für sich. Unvollständig fragt man sich, wie können jene Leute von der Verschwendungssucht der jugendlichen und Arbeiter und Arbeiterinnen sprechen, die denartig hohe Summen nur zur Bestreitung ihres Haushaltes ausgeben. Summen, mit denen zehn Arbeiterfamilien mit der ganzen Kinderzahl für jede Familie im Jahre auskommen müssen. Und jene Leute bringen den traurigen Mut auf, von der Verschwendungssucht der Arbeiter zu sprechen. Unsere Familienrat werden nur an diese Zahlen der hohen Haushaltungsbudgets im Kopf zu behalten, um bei kommenden Lohnverhandlungen, in denen die Verschwendungssucht wieder eine hervorragende Rolle spielt, der Wahrheit die Ehre geben zu können. G. Schäfer.

### Papier verarbeitende Industrien

#### Lohnvereinbarung

Zwischen dem Verein Deutscher Chromo-, Kunstpapier- und Metallpapierfabrikanten einerseits und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands andererseits wurden mit Wirkung vom 1. Januar 1921 folgende Lohnsätze vereinbart:

Arbeiter:	Ortsklasse Ia		
	I	II	III
über 21 Jahre	5,60 M	5,20 M	4,80 M
von 19—21 Jahren	4,90 M	4,50 M	4,10 M
von 17—19 Jahren	3,90 M	3,50 M	3,10 M
von 15—17 Jahren	3,10 M	2,60 M	2,20 M
von 14—15 Jahren	2,00 M	1,50 M	1,30 M

Arbeiterinnen:

Arbeiterinnen:	Ortsklasse Ia		
	I	II	III
über 21 Jahre	3,35 M	3,25 M	2,60 M
von 19—21 Jahren	2,80 M	2,40 M	2,20 M
von 17—19 Jahren	2,60 M	2,10 M	1,90 M
von 15—17 Jahren	2,20 M	1,70 M	1,40 M
von 14—15 Jahren	1,50 M	1,10 M	1,00 M

In diesen Löhnen werden folgende Zuschläge gewährt:  
1. Normerer, selbständige Handwerker, Handwerksmeister und Solgendruckmaschinenführer sowie Arbeiterinnen in der Farbwerke und an den Farbmaschinen 20 %.

2. Kalenderführer, Bücher, Präger und selbständige Fader (nach der Definition vom 27. 11. 19) 10 %.

3. Gelehrte Handwerker, wie Reparaturschlosser, Dreher, Mechaniker, Elektrotechniker, und alle Handwerker, die in ihrem Beruf arbeiten, erhalten, soweit für diese keine Berufskategorie bestehen, einen Aufschlag von 20 %.

4. Sortierinnen, selbständige Kalendererinnen sowie Arbeiterinnen, die selbständig Maschinen führen, erhalten einen Aufschlag von 10 %.

5. Für Druckmaschinengehilfen an mehrfarbigen Druckmaschinen können örtliche Lohnausschläge zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat vereinbart werden.

#### Ortsklassen-Einstellung

Klasse Ia: Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Mannheim, Darmstadt, Elberfeld, M. Gladbach, Frankfurt a. M.

Klasse Ib: Dresden, Leipzig, Chemnitz, Fläse, Kuba, Nieder-Oberbayern, Nürnberg-Gürtel, Stuttgart, Offenbach, Düren, Remscheid, Marzberg, Kassel-Beinhausen, Magdeburg.

Klasse II: Augsburg, Alenburg, Nidhaffenburg, Dresden, Schwabach, Abtlingen, Aöbau i. S., Schirgiswalde, Oberglehma, Goldbach und Lichtenberg.

#### Tarifräuer

Die Vereinbarungen gelten bis auf weiteres mit einer monatlichen Kündigungszeit am jeweiligen 1. oder 15. des Monats.

### An „Karichen“ aus Barmen

In Nr. 49 des „Proletarier“ schreibt unser „Karichen“ aus Barmen, daß ihn die Beschäftigung der Hamburger Kollegen recht eigenmächtig berührt habe. Auf den ersten Augenblick mag das dem Fernstehenden vielleicht so scheinen. Bei näherer Betrachtung ergibt sich aber doch ein anderes Bild. Von allen Industriezweigen in Hamburg werden die Zigarettenarbeiter am schlechtesten entlohnt, insbesondere ist unsere wirtschaftliche Lage keine besonders günstige. Um unserer Branchenleitung in Hannover dieje auch recht deutlich vor Augen zu führen, wurde dieser Brief geschrieben.

Die Hamburger Kollegen sind sich auch darüber klar, daß sie durch den freien Zutritt der gesamten Zigarettenindustrie in der deutschen Republik Vorteile auf wirtschaftlichem Gebiete zur die Berufsangehörigen errungen werden können. Deshalb haben die Hamburger Kollegen auch zwei zum Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und verzichteten auf die von den Berliner Kollegen betriebene Vogel-Straw-Politik. Der Hamburger Kollegenfall fällt es gar nicht ein, den „ungeübtenen Berliner Gänzen“ nachzulassen, sie gehen die Aktions- und Schlagkraft der Kollegen in Deutschland nur vorwärts in ihrer bisherigen Berufsorganisation, dem Fabrikarbeiterverbande.

Da Freund Karichen aus Barmen uns auch die Frage vorlegt, ob es nicht besser gewesen wäre, höhere Lohnforderungen zu stellen, anstatt ein Sondervergehen — selbstverständlich als Klassenlämpfer im Fabrikarbeiterverband — vorzunehmen, sei folgendes gesagt:

Unsere Forderung war den Spitzenlöhnen der übrigen Industrien in Hamburg angepaßt, und zwar für Drucker ein Spitzenlohn von 6,40 Mark und für Hilfsarbeiter von 5,80 Mark. Trotzdem nun die Verschwendungssucht in Hannover weiß, daß die Unternehmer durch ohne Rücksicht nicht leben können, wurden unsere Forderungen bei der Eingabe an die Unternehmer schon auf 6,15 Mark, resp. auf 5,50 Mark reduziert. Der Vorwurf unsere Forderungen nicht hoch genug gestellt zu haben, kann uns deshalb nicht treffen. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Branchenleitung unsere Forderungen in Zukunft den Unternehmern ungeändert unterbreitet, da diese doch nicht ohne Lohnhandel leben können.

Die letzten Verhandlungen in Berlin haben bewiesen, daß unsere Wünsche von den Unternehmern nicht im ernstesten Sinne erfüllt werden, was leider immer noch ein großer Teil der Kollegen im Reich glauben möchte. Wie die Berliner — gläubig, wirtschaftliche Seiten spritzte machen zu müssen, arsten durch Mühseligkeit für den Bestand der eigenen Geschäft in die Hand zu nehmen, um eine ihrer Interessen, schmutzigen und aufreibenden Arbeit angemessene Entlohnung zu erhalten. Müssen sich die Kollegen im Reich nicht selbst genügend — um deren Vorwurf machen die Hamburger der Kollegen im Reichverhalte nicht — dann bleibt nur Aufhebung der Hamburger Kollegenfrage kein anderer Weg, als von der Branchenleitung zu fordern, daß an Stelle des Reichsarbeitsrates der Orts- oder Betriebsrat tritt. Nicht bald werden dann die Kollegen im Reich erkennen, daß Mühseligkeit belohnt und Schätzbarkeit sowie Sonderbehandlung bestraft wird.

### L. Karichen!

Deine Betrachtungen über den Beschäftigten in Nr. 49 des „Proletarier“ haben sich nicht ganz richtig erwiesen, denn wir auch Du kennst ja, dürfte, ist das „Wunder“ gezeigte, was Anwendung des Lärms. Die Leiharbeiter haben 20 Mark, die übrigen 150 Mark. Das ist nicht zu ertragen, und wenn man geht auch mit dem Geiz nicht weit bringen kann, so war doch uns und unserer Kindern nur einige Tage geholfen. (Zem Beschäftigten aus dieser Stelle bezgl. Dank.) Du wirst mir zugehen müssen, daß unsere Arbeiterge — abgesehen von ihren sonstigen Beschäftigten — diesmal ihren guten Willen bekunden haben. Im Gegenzug hierzu kommt der Betriebsrats-Beschäftigte man gemessenen in Hinterzügen, denn die neuvereinbarten Lohnsätze sind recht dürftig ausgefallen. Ist die Lohnherabsetzung von 50 % schon recht bedauerlich, so kommt einem die 20-%-Leiharbeitergeherabsetzung heftig vor. Was ist denn heute eine Familie mit 20 % Lohnherabsetzung? Das langt gerade für 300 Gramm Margarine! In der Verhandlung der Zigarettenarbeiter des Reichsverbandes vom 17. Dezember, wählte sich mit den neuen Lohnsätzen beschäftigte, wurde das Ungünstige dieses Satzes besonders hervorgehoben und dem anwesenden Reichsarbeitsrat, Kol. W., für seine Nichterkenntnis dieser Sache Zustimmung erwählt. Die Situation ist zu ernst, es unzureichend, wenn man sich nicht zu, daß die Leuerung im besetzten Gebiet sich auf in der Nähe liegende Städte ausstreckt, und glauben merkwürdigerweise, dieser Leuerung mit 20 % begeben zu können. Dabei ist es zweifelhaft, worüber man mehr lachen soll, über die 20 % oder über den Weihnachtssmann, liest Karichen, der ja etwas unterrichtet hat. Ich will aber zu seinen Wünschen annehmen, daß er sein Bestes getan hat, und daß die Leuerungssätze nur deshalb so gering ausfiel, weil die Herren Fabrikanten sich noch in einer etwas verzögerten Stimmung befanden. Waren doch tags vorher die Herren unter sich, und es muß da gutem Vernehmen nach recht interessant gewesen sein: ja, es soll ja zu Tätlichkeiten gekommen sein, wenn nicht einige Herren vermittelt hätten. Nicht wahr, Karichen, da hast Du Baulöcher? Aber es kommt noch besser. Heute Dir die Ringfabrikanten wollten die Preise erhöhen, während die freien Fabriken darüber weiter herabsetzen wollten. Da müßten sie sich wohl in die Hände geraten, denn wenn es sich um den Nervus rerum handelt, dann hört bekanntlich jede Gemütsruhe auf. Schließlich hat man sich aber doch geeinigt und es bei den jetzigen Preisen belassen, und steht Du, Karichen, das war unser Glück. Denn wenn zwei sich packen, freut sich der Dritte. Das trifft auch für uns zu. Waren die Preise erhöht worden, dann hätten die Händler geistert bzw. annulliert, und wir hätten auf dem trocknen, trotz Deines Weihnachtssmannes. Doch zurück zur Leuerungssätze. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es bei den 20 % nicht bleibt, denn schließlich muß auch der letzte Arbeitgeber einsehen, daß eine 20 % betragende Leuerungssätze als nicht genügend angesehen werden kann. Wenn schon die Regierung dazu übergeht, unsere Städte Barmen, Elberfeld und Barmen in die A-Klasse zu versetzen, dann befindet sie doch damit, daß hier ein recht reures Plakat ist. Demgegenüber wird es geradezu beläuzigend, wenn man uns mit 20 % Lohnherabsetzung beglückt. Ueber so etwas lachen heißt die Hüner. Also, lieber Weihnachtssmann, sieh zu, ob es nicht möglich ist, die Zulage etwas zu erhöhen. Der Dank der Zigarettenarbeiter ist Dir gewiß.

Dein Freund Wolfgang

Dein Freund Wolfgang



